



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser  
gesamtes Programm finden Sie unter [www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

ODD ARNE WESTAD

DER  
KALTE  
KRIEG

EINE WELTGESCHICHTE

Aus dem Amerikanischen übersetzt  
von Helmut Dierlamm und Hans Freundl

Diese Leseprobe umfasst Auszüge aus  
der Einleitung »Die Formierung der Welt« und  
Kapitel 11 »Die Herausforderungen Kennedys«.

Letzte Korrekturen sind nicht enthalten.  
Bitte nicht vor dem 21. September 2019 besprechen.

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

[www.klett-cotta.de](http://www.klett-cotta.de)

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel  
»The Cold War. A World History«  
im Verlag Allen Lane (Penguin Books), London  
© Odd Arne Westad, 2017

Für die deutsche Ausgabe

© 2019 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung  
Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart  
Alle deutschsprachigen Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

Unter Verwendung eines Fotos von © akg-images / Gert Schütz

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

ISBN 978-3-608-98148-3

# INHALTSVERZEICHNIS

Die Formierung der Welt

- 1 Ausgangspunkte
- 2 Prüfungen des Krieges
- 3 Europäische Asymmetrien
- 4 Rekonstruktionen
- 5 Das neue Asien
- 6 Die koreanische Tragödie
- 7 Die östliche Hemisphäre
- 8 Die Herausbildung des Westens
- 9 Der Fluch Chinas
- 10 Zerfallende Imperien
- 11 Die Herausforderungen Kennedys
- 12 Begegnung mit Vietnam
- 13 Der Kalte Krieg und Lateinamerika
- 14 Die Breschnew-Ära
- 15 Nixon in Beijing
- 16 Der Kalte Krieg und Indien

- 17 In den Strudeln des Nahen Ostens
- 18 Abkehr von der Entspannung
- 19 Neue Vorzeichen für Europa
- 20 Gorbatschow
- 21 Globale Transformationen
- 22 Europäische Realitäten

Die Welt, die der Kalte Krieg prägte

## **ANHANG**

Dank und Methodik

Anmerkungen

Personen- und Ortsregister

## DIE FORMIERUNG DER WELT

In den sechziger Jahren, als ich in Norwegen aufwuchs, war die Welt durch den Kalten Krieg gespalten. Er spaltete Familien, Städte, Regionen und Länder. Er verursachte Angst und einige Verwirrung: War es sicher, dass nicht schon morgen eine Atomkatastrophe passieren würde? Wie könnte sie ausbrechen? Die Kommunisten bildeten eine kleine Gruppe in meiner Heimatstadt, sie waren verdächtig, weil sie andere Ansichten hatten und vielleicht auch weil ihre Loyalität, wie oft genug gesagt wurde, nicht unserem Land, sondern der Sowjetunion galt. In einem Staat, den Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg besetzt hatte, war die Loyalität zum falschen Land eine ernste Angelegenheit: Sie implizierte Verrat in einer Region, in der man vor dem Hochverrat auf der Hut war. Norwegen grenzte im Norden an die Sowjetunion, und wenn sich die Temperatur der internationalen Beziehungen nur ein bisschen erhöhte, stieg sie auch entlang des meist zugefrorenen Flusses, der die Grenze markierte. Selbst im stillen Norwegen war die Welt geteilt, und man kann sich manchmal kaum noch daran erinnern, wie schwerwiegend die Konflikte waren.

Der Kalte Krieg war eine Konfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die in den Jahren von 1945 bis 1989 ihren Höhepunkt hatte, obwohl ihre Ursprünge viel weiter in der Vergangenheit lagen und ihre Folgen heute noch zu spüren sind. Auf seinem Zenit stellte der Kalte Krieg ein internationales System in dem Sinne dar, als dass die führenden Mächte der Welt ihre gesamte Außenpolitik an irgendeiner Beziehung zum Kalten Krieg ausrichteten. Die mit dem Kalten Krieg einhergehenden konkurrierenden Gedanken und Ideen beherrschten die meisten innenpolitischen Diskurse. Dennoch war der Kalte Krieg selbst auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwar das beherrschende, aber längst nicht das einzige

Thema. Im späten 20. Jahrhundert gab es viele wichtige historische Entwicklungen, die weder durch den Kalten Krieg hervorgerufen noch von ihm bestimmt waren. Er war nicht für alle Phänomene entscheidend, aber er beeinflusste die meisten, und zwar oft zum Schlechteren: Die Konfrontation trug dazu bei, eine von den Supermächten dominierte Welt zu zementieren, eine Welt, in der Macht und Gewalt oder die Androhung von Gewalt zum Maßstab internationaler Beziehungen wurden und in der Überzeugungen zum Absoluten tendierten: Nur das eigene System war gut, das andere war von Grund auf böse.

Das Erbe des Kalten Krieges beruht zu einem Großteil auf dieser Art von Absolutheit. In ihrer schlimmsten Ausprägung wird man mit ihr in den amerikanischen Kriegen im Irak und in Afghanistan konfrontiert: die moralischen Gewissheiten, der Verzicht auf Dialog, das Vertrauen in rein militärische Lösungen. Doch sie ist auch im dogmatischen Glauben an die freie Marktwirtschaft oder an von oben diktierte Lösungen sozialer Probleme oder in Bezug auf Generationsprobleme zu finden. Manche Regime beanspruchen heute noch autoritäre Formen der Legitimität, die auf den Kalten Krieg zurückgehen: China ist seiner Größe wegen das beste Beispiel und Nordkorea das schlimmste, aber Dutzende von Ländern, von Vietnam und Kuba bis Marokko und Malaysia, haben in einem erheblichen Ausmaß Kennzeichen des Kalten Krieges in ihre Regierungssysteme integriert. Viele Weltregionen haben immer noch mit Umweltproblemen, mit sozialer Ungleichheit oder mit ethnischen Konflikten zu kämpfen, die durch das letzte große internationale System forciert wurden. Manche Kritiker behaupten, das Konzept des unaufhörlichen Wirtschaftswachstums, das langfristig zu einer Bedrohung für den menschlichen Wohlstand oder gar für das Überleben der Menschheit werden könnte, sei in seiner modernen Form aus der Konkurrenz innerhalb des Kalten Krieges erwachsen.

Um dem System (dieses eine Mal) Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: Es gab auch weniger negative Aspekte des Kalten Krieges, wenigstens was das Ende des Konflikts betrifft. Nur sehr wenige Westeuropäer oder Südostasiaten hätten lieber in den kommunistischen Staaten gelebt, die im Ostteil ihrer Kontinente entstanden waren. Und wenngleich das Erbe der amerikanischen Interventionen *in Asien* heute gewöhnlich rundweg verurteilt wird, ist eine Mehrheit der *Europäer* damals wie heute überzeugt davon, dass die US-amerikanische Militärpräsenz in ihren Ländern der

Aufrechterhaltung des Friedens und der Entwicklung demokratischer Staaten diente. Die bloße Tatsache, dass die Konfrontation im Kalten Krieg friedlich endete, war natürlich von überragender Bedeutung: Da es genug Atomwaffen gab, um die Welt mehrfach zu vernichten, waren wir alle auf Mäßigung und Weisheit angewiesen, um eine nukleare Apokalypse zu verhindern. Der Kalte Krieg war vielleicht nicht der lange Frieden, den manche Historiker in ihm sehen. Doch auf den höheren Ebenen des internationalen Systems, in den USA und der Sowjetunion, wurde der Krieg so lange vermieden, dass ein Wandel stattfinden konnte. Von diesem langen Aufschub war unser aller Überleben abhängig.

Was war dann das Besondere am Kalten Krieg als internationalem System im Vergleich zu anderen solchen Systemen in der Geschichte? Wenngleich die meisten Weltordnungen multipolar waren, also von vielen rivalisierenden Mächten geprägt, sind doch einige Vergleiche möglich. Die europäische Politik zwischen den 1550er Jahren und dem frühen 17. Jahrhundert war zum Beispiel stark beeinflusst durch eine bipolare Rivalität zwischen Spanien und England, die mit dem Kalten Krieg einige Merkmale gemeinsam hatte. Die Ursprünge jener Rivalität waren zutiefst ideologisch, wobei die spanischen Monarchen sich als Vertreter des Katholizismus und die englischen als Vertreter des Protestantismus verstanden. Beide Staaten schlossen Bündnisse mit ideologisch gleichgesinnten Staaten, und Kriege wurden weit entfernt von den imperialen Zentren ausgetragen. Diplomatische Kontakte und Verhandlungen gab es nur begrenzt, jede Partei betrachtete die andere als ihren natürlichen und vorgegebenen Feind. Die Eliten beider Länder glaubten leidenschaftlich an ihre Sache und daran, dass der Lauf der folgenden Jahrhunderte davon abhing, wer in der Konfrontation den Sieg davontrug. Die Entdeckung Amerikas und der wissenschaftliche Fortschritt im Jahrhundert Keplers, Tycho Brahes und Giordano Brunos führte dazu, dass sehr viel auf dem Spiel stand: Wer immer den Sieg errang, so glaubte man, werde die Zukunft nicht nur beherrschen, sondern sie auch für seine Zwecke in Anspruch nehmen.

[...]

Es besteht kein Zweifel, dass die leidenschaftliche Konfrontation der Ideen stark zur Bipolarität des Kalten Krieges beitrug. Die herrschende Ideologie der Vereinigten Staaten mit ihrer Betonung von Marktwirtschaft,

Mobilität und Mutabilität war universalistisch und teleologisch dank des immanenten Glaubens, dass sich alle Gesellschaften europäischen Ursprungs unweigerlich in die gleiche allgemeine Richtung wie die Vereinigten Staaten bewegen würden. Der Kommunismus, die spezielle in der Sowjetunion entwickelte Form des Sozialismus, wiederum war als Antithese zu der von den Vereinigten Staaten repräsentierten kapitalistischen Ideologie angelegt: als eine alternative Zukunft sozusagen, die sich die Menschen überall erkämpfen konnten. Wie viele Amerikaner glaubten auch die führenden Politiker der Sowjetunion, dass die »alten« Gesellschaften, die auf lokaler Identifikation, sozialer Fügsamkeit und Rechtfertigung der Vergangenheit beruhten, tot seien. Sie konkurrierten um die Gesellschaft der Zukunft, und von dieser gab es nur zwei wirklich moderne Versionen: die Marktwirtschaft mit all ihren Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten und die Planwirtschaft, die rational und integriert war. In der Sowjetideologie stellte der Staat eine Maschine dar, die für die Verbesserung des Schicksals der Menschheit arbeitete. Dagegen waren die meisten Amerikaner gegen die zentralisierte Macht des Staates und fürchteten deren Folgen. Damit war die Bühne für eine intensive Konkurrenz der Systeme bereitet, bei der nach Ansicht beider Parteien nichts Geringeres als das Überleben der Menschheit auf dem Spiel stand.

Dieses Buch versucht, den Kalten Krieg als globales Phänomen innerhalb eines Betrachtungszeitraums von 100 Jahren einzuordnen. Es beginnt in den 1890er Jahren, den Jahren mit der ersten globalen Krise des Kapitalismus, der Radikalisierung der europäischen Arbeiterbewegung und der Expansion der Vereinigten Staaten und Russlands zu transkontinentalen Reichen. Es endet um das Jahr 1990 mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Aufstieg der USA zu einer echten globalen Hegemonialmacht.

## DIE HERAUSFORDERUNGEN KENNEDYS

Die Bilanz von General Eisenhower als US-Präsident im Kalten Krieg war sehr gemischt. Gestützt auf seine große internationale Erfahrung, war es Eisenhower gelungen, nicht wie sein Vorgänger einer permanenten Krisenstimmung zu erliegen oder in Verzweiflung zu verfallen. Er hatte die USA aus dem Koreakrieg herausgeführt und – was ebenso wichtig war – vermeiden können, dass sich das Land gleich wieder in einen neuen Krieg in Asien verstrickte. Doch Eisenhower hatte auch die enorme Militarisierung des Kalten Krieges zu verantworten, die zu einer Vergrößerung des amerikanischen Atomarsenals von 370 Sprengköpfen im Jahr 1950 auf mehr als 40 000 Sprengköpfe im Jahr 1960 geführt hatte. Er hatte durch seine verdeckten Interventionen im Iran und in Guatemala die radikalen Nationalisten im Nahen Osten und in Lateinamerika verprellt. Und er hatte es versäumt – hauptsächlich aus innenpolitischen ideologischen Motiven –, nach Stalins Tod die Chancen auf eine echte Entspannung im Konflikt mit der Sowjetunion zu nutzen.

Dass sich aber Eisenhowers Denken dennoch stärker in die Zukunft richtete, hatte wohl größtenteils mit seinem vorherigen Berufsleben als militärischer Befehlshaber zu tun. Seine Versuche, mit den Führern der Dritten Welt ins Gespräch zu kommen und regelmäßige Gipfeltreffen mit den Sowjets einzuführen, erfolgten aber erst gegen Ende seiner Präsidentschaft. Symbolischerweise war sein letztes Treffen mit Chruschtschow abgesagt worden, weil die UdSSR kurz vorher ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug im russischen Luftraum abgeschossen hatte. Nachdem er während seiner Präsidentschaft den bislang massivsten Ausbau der militärischen

Fähigkeiten der USA in die Wege geleitet hatte, richtete Eisenhower in seiner Abschiedsansprache mahnende Worte an seine Landsleute: »[...] Wir müssen auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes, ob diese gewollt oder ungewollt sind. Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht wird weiter bestehen.«

Es war daher ein zwiespältiges Erbe, das Eisenhower seinem Nachfolger hinterließ. Der junge, Ende 1960 zum 35. Präsidenten gewählte John F. Kennedy hatte mit Herausforderungen zu kämpfen, die ihm die vorhergehende Regierung vermacht hatte oder die sich zum Teil schon vor seiner Amtsübernahme im Januar 1961 aus den raschen Veränderungen der Welt ergeben hatten. Er musste mit einer Krise in Laos fertig werden, wo Aufständische die von den USA gestützte Regierung bedrohten. Er versuchte, die Führer der Demokraten im Kongress dazu zu bewegen, ein stärkeres Engagement der USA im Ausland, höhere Militärausgaben und eine Steigerung der Entwicklungshilfe zu unterstützen. Und er bemühte sich, dem skeptischen Militär und den Geheimdiensten zu beweisen, dass ein junger, demokratischer und katholischer Präsident nicht nur ein fähiger Oberbefehlshaber war, sondern auch eher als sein erfahrener Vorgänger in der Lage war, den Kalten Krieg zu gewinnen. Es war ein turbulentes erstes Amtsjahr, in dem sich Versprechungen und Niederlagen die Waage hielten.

John F. Kennedy war der erste US-Präsident, der im 20. Jahrhundert geboren wurde. Er war auch der jüngste bislang gewählte Präsident, als er mit 43 Jahren das Amt von seinem knapp 30 Jahre älteren Vorgänger übernahm. Dass mit Kennedy erstmals ein Katholik zum Präsidenten gewählt wurde, war ein Zeichen dafür, dass sich das politische Establishment auf neues demografisches Terrain ausrichtete. [...] JFK – wie auch andere amerikanische Präsidenten wurde er nach seinen Initialen genannt – war dazu erzogen worden, zu siegen und sich durchzusetzen, im Leben wie in der Politik, und er verfügte über die Intelligenz und den Charme, die ihm dies häufig auch ermöglichten.

Nach Kennedys Wahl erfasste eine Welle der Euphorie das Land, wenn es auch ein hart errungener und sehr knapper Sieg gegen Eisenhowers Vizepräsidenten Richard Nixon war. Doch Kennedys junges Alter, sein Elan und seine positive Ausstrahlung begeisterten die Menschen, auch

viele, die ihn politisch nicht unterstützten. In seiner Antrittsrede wies der neue Präsident die Sowjets darauf hin, dass er nicht bereit sei, »... tatenlos einer schleichenden Aushöhlung jener Menschenrechte zuzusehen, denen diese Nation immer verpflichtet war ... In der langen Geschichte der Welt ist nur wenigen Generationen die Rolle übertragen worden, die Freiheit in der Stunde ihrer größten Gefahr zu verteidigen. [...]«

Wie schon im Wahlkampf sagte Kennedy auch nach seiner Wahl, es sei durchaus möglich, dass die Vereinigten Staaten gegen die Sowjets verlieren könnten. Standfestigkeit allein sei nicht ausreichend, verkündete er in einem indirekten Angriff auf seinen Vorgänger. JFK wollte, dass die USA den Kalten Krieg gewinnen, wenngleich ihm immer unklar blieb, worin dieser Sieg eigentlich bestehen sollte. Im Wahlkampf hatte er unzutreffend behauptet, dass eine »Raketenlücke« vorhanden und die Sowjetunion den USA bezüglich Nuklearwaffen und Interkontinentalraketen überlegen sei. In Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall, und Kennedy wusste dies wahrscheinlich auch. Dennoch beschwor er diese fiktive »Lücke«, um seine Bereitschaft zu unterstreichen, die Sowjets im Kampf um die globale Macht zu überflügeln. Für JFK waren die sechziger Jahre ein Jahrzehnt enormer Gefahren und enormer Chancen. Die Welt erschien ihm gewissermaßen als eine plastische Masse, und es war die Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika, dieser eine neue Form zu geben.

Im Laufe der Zeit wurde Kennedys forsche Herangehensweise durch die Ereignisse etwas gebremst. In seiner Präsidentschaft, die auf tragische Weise vorzeitig endete, war die kubanische Raketenkrise das prägende Ereignis, in deren Verlauf die Sowjetunion und die USA näher an einen Atomkrieg heranrückten als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt des Kalten Krieges. In der Zeit, die Kennedy nach der Kubakrise im Oktober 1962 noch verblieb, bemühte er sich ernsthafter um Kompromisse und um einen dauerhaften Frieden. Doch von seiner stark ideologisch geprägten Einstellung rückte er nicht ab. Kennedy, der mehr von einem Intellektuellen hatte als alle übrigen amerikanischen Präsidenten während des Kalten Krieges, liebte die Diskussion über neue Ideen und versuchte, Veränderungen zu verstehen. Er teilte die Überzeugung von Präsident Wilson, dass sein Land nur dann sicher würde leben und seine historische Mission würde erfüllen können, wenn es gelang, andere Länder den USA anzugleichen. Und mehr

als alle vorhergehenden Jahrzehnte schienen die sechziger Jahre dem jungen Präsidenten die Gelegenheiten dafür zu bieten.

Die erste große Herausforderung, vor der Kennedy stand, war das Verhältnis der USA zu den Ländern in der Dritten Welt. Als Senator war Kennedy ein klarer Befürworter eines verstärkten Engagements der USA für die Probleme der vor kurzem unabhängig gewordenen Länder und die Bekämpfung des Kolonialismus, zum Beispiel im Hinblick auf Algerien. Sein Engagement war jedoch nicht nur ideologisch, sondern auch moralisch motiviert. Er fürchtete zudem, dass die USA wichtige Chancen verpassen würden, wenn sie keine engeren Verbindungen mit den jungen Staaten suchten, und dass sich die Sowjetunion die Untätigkeit der USA zunutze machen würde. [...]

Kennedy glaubte, wenn die USA den Kalten Krieg gewinnen wollten, müssten sie verhindern, dass sich die postkolonialen Staaten in die Arme der Sowjetunion treiben ließen. Eisenhower sei in dieser Hinsicht zu passiv gewesen, meinte der neue Präsident. Seine Regierung entwickelte ein Konzept, das verstärkte wirtschaftliche Hilfe mit der Ausbildung US-amerikanischer und einheimischer Truppen für die Bekämpfung von Aufständischen verband. Die Ausgaben der USA für Entwicklungshilfe stiegen deutlich, machten aber immer noch lediglich 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Einige Monate nach seinem Amtsantritt gründete Kennedy das US-Friedenskorps, das die globalen Entwicklungsbemühungen unterstützen sollte. [...]

Sicherheitspolitisch konzentrierte sich Kennedy zunächst auf Südostasien, wo seit der Teilung Vietnams im Jahr 1954 Aufstände gegen Regime, die von den USA unterstützt wurden, im Gange waren. Die Laoskrise war für Kennedy ein Paradebeispiel für jene Art von Herausforderungen, die der Kalte Krieg in der Dritten Welt mit sich bringen sollte. Er glaubte, dass die laotischen Kommunisten und ihre Verbündeten, die Nordvietnamesen, die Chinesen und die Sowjets, eine direkte Provokation gegen ihn als den neuen Präsidenten beabsichtigten. Es war ein Fehdehandschuh, der ihm hingeworfen wurde und den Kennedy nur allzu gern aufnahm. Er erklärte seinen Beratern, er werde »in Laos alles tun, was wir können«, zögerte aber mit der Entsendung von US-Bodentruppen, denn er hoffte, er könnte die Kommunisten durch die Androhung einer militärischen Intervention dazu zwingen, einer politischen Lösung zuzustimmen. Im Zuge dieser Strategie

ermächtigte das Weiße Haus die CIA zu verdeckten Operationen in Laos, die sich auf das Grenzgebiet zu China konzentrierten. Kennedy entsandte zudem die 7. US-Kriegsflotte in das Südchinesische Meer und versetzte die Kampftruppen in Okinawa in den Alarmzustand. Später schickte er Truppen nach Thailand. Durch seine Kriegsdrohungen hoffte Kennedy, Frieden zu erreichen, eine waghalsige Herangehensweise, die er im Laufe seiner Präsidentschaft auch in ernsteren Konflikten verfolgte. [...]

Kennedys Vorstellungen bezüglich Europa waren wesentlich begrenzter als jene für die Dritte Welt. Er hatte nicht die Absicht, die dortigen politischen Kräfteverhältnisse zu verändern, und vermutete, dass auch Chruschtschow zumindest bis auf weiteres mit der bestehenden Regelung in Europa zufrieden war. Der wichtigste Streitpunkt war die Frage der Kontrolle über die geteilte deutsche Hauptstadt Berlin, aber Kennedy war sich nicht vollends im Klaren darüber, wie ärgerlich dieses Problem für seinen sowjetischen Gegenpart geworden war. Chruschtschow betrachtete Berlin – der einzige Teil Deutschlands, in dem die Menschen noch ungehindert zwischen Ost und West hin und her wechseln konnten – als eine Wunde im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik, dem östlichen Teil Deutschlands, der nun ein kommunistischer Staat war und in dem 250 000 Soldaten der Roten Armee stationiert waren. Das Problem bestand darin, dass die Ostdeutschen, vor allem jene mit einer guten Ausbildung, weiterhin in Scharen in den Westen abwanderten. Im Jahr 1960 waren mehr als 190 000 Menschen aus dem Streben nach Freiheit und einem besseren Einkommen in den Westteil Berlins übergewechselt.

Sowohl die ostdeutschen Partei- und Staatsführer als auch führende Funktionäre der KPdSU wollten von Chruschtschow wissen, was er bezüglich der Situation in Berlin zu unternehmen gedenke. Für die ostdeutschen Kommunisten war die Situation unhaltbar: Nicht nur verließ eine große Zahl qualifizierter Menschen ihren Herrschaftsbereich, auch die Art, wie sie gingen – unter Verstoß gegen Kontrollen und Anordnungen –, verhöhnte die Autorität von Walther Ulbricht und der DDR-Regierung. Aber die DDR-Führung konnte nicht viel dagegen unternehmen, so lange zum Beispiel die U-Bahn ungehindert durch die gesamte Stadt fuhr. Ulbricht erläuterte Chruschtschow im November 1960, dass »die Situation in Berlin kompliziert geworden ist, und zwar zu unseren Ungunsten. Westberlin ist wirtschaftlich stärker geworden. Dies zeigt sich in der Tatsache, dass täg-

lich 50 000 Arbeiter aus Ostberlin ... nach Westberlin zum Arbeiten fahren, weil dort höhere Löhne gezahlt werden. Warum erhöhen wir nicht auch die Löhne? ... Erstens, weil uns dazu die Mittel fehlen. Und zweitens, wenn wir die Löhne erhöhen würden, dann könnten wir die gestiegene Kaufkraft nicht mit den Gütern befriedigen, die wir haben, und die Leute würden mit diesem Geld Dinge in Westberlin kaufen.«

Chruschtschow begegnete Kennedy im Sommer 1961 zum ersten Mal auf einem Gipfeltreffen in Wien. Kennedy hatte um das Treffen nachgesucht. Er hatte seinen Beratern erklärt, er wolle dem Sowjetführer zeigen, dass »wir genauso hart sein können wie er«. Doch die Gespräche verliefen nicht erfolgreich. Chruschtschow befand sich in einer aufgewühlten Stimmung, zeigte aber auch Anzeichen von Verärgerung. Er war noch immer aufgebracht über die Ermordung von Lumumba und den Verlust des sowjetischen Einflusses im Kongo. Aber die Sowjetunion hatte gerade den ersten Menschen ins Weltall geschossen und die USA hatten in Kuba und ihren Beziehungen zu den europäischen Verbündeten Rückschläge erlitten. Unklugerweise versuchte Chruschtschow, den wesentlich jüngeren amerikanischen Präsidenten zu Zugeständnissen zu nötigen. Dabei stand für ihn das Problem in Berlin im Vordergrund.

Zuerst erteilte Chruschtschow Kennedy eine Lektion in Sachen Ideologie. In Anspielung auf die Beschuldigung, dass die Sowjetunion die Weltrevolution propagieren würde, stellte er klar, dass »der Präsident die falschen Schlüsse zieht. Er glaubt, wenn sich Menschen gegen Tyrannen erheben, sei dies eine Folge von Handlungen Moskaus. Das ist nicht der Fall. Wenn die USA dies nicht begreifen, wird es gefährlich. Die UdSSR schürt nicht die Revolution, aber die Vereinigten Staaten suchen stets nach Kräften von außerhalb, wenn es irgendwo zu Unruhen kommt.« In Bezug auf Berlin ließ Chruschtschow Verhandlungsbereitschaft erkennen, doch am Ende des Jahres, erklärte er, werde »die UdSSR einen einseitigen Friedensvertrag unterzeichnen, und sämtliche Rechte des Zugangs zu Berlin werden erlöschen, weil dann der Kriegszustand beendet ist«. Kennedy erwiderte mit ähnlicher Offenheit: »Die Vereinigten Staaten können kein Ultimatum akzeptieren. Wenn wir aus Westberlin abziehen, würden die USA isoliert werden.« Darauf wiederholte Chruschtschow: »Die UdSSR wird einen Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der DDR wird gewahrt bleiben. Jede Verletzung dieser Souveränität wird von der

UdSSR als ein Akt unverhüllter Aggression gegen ein friedliebendes Land betrachtet werden mit allen daraus resultierenden Konsequenzen ... Die UdSSR wünscht keine Veränderungen; sie möchte lediglich die Situation normalisieren, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat. Es ist eine Tatsache, dass Westdeutschland zur westlichen Staatengruppe gehört, und dies wird von der UdSSR anerkannt. Ostdeutschland ist ein Verbündeter der sozialistischen Staaten, und auch dies sollte als eine vollendete Tatsache anerkannt werden.« Präsident Kennedy »beschloss die Unterredung mit der Bemerkung, dass es wohl ein kalter Winter werden würde«.

»Ich habe noch nie einen Mann wie ihn kennengelernt«, rief Kennedy nach seinem Treffen mit Chruschtschow entnervt aus. Dem US-Präsidenten erschien der Sowjetführer anmaßend und aggressiv, aber auch darauf bedacht, einen Krieg zu vermeiden und sein Ansehen zu wahren. Nach seiner Rückkehr in die USA ersuchte Kennedy den Kongress, zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar für Militärausgaben zu bewilligen, um sechs neue Divisionen in der Armee und zwei in der Marine aufzustellen. Er plante auch, die Zahl der neu eingezogenen Rekruten zu verdreifachen und die Reservisten einzuberufen. Chruschtschow reagierte erzürnt. »Wir haben Kennedy zu seiner Wahl im vergangenen Jahr verholfen«, prahlte er vor einer Gruppe von Wissenschaftlern, als er seine Absicht kundtat, die Atomversuche wieder aufzunehmen, die von beiden Ländern 1958 ausgesetzt worden waren. »Dann haben wir uns mit ihm in Wien getroffen, eine Begegnung, die ein Wendepunkt hätte sein können. Aber was sagt er? Verlangen Sie nicht zu viel von mir. Bringen Sie mich nicht in die Bredouille. Wenn ich zu viele Zugeständnisse mache, werde ich aus dem Amt gejagt.« Was ist das für ein Mann? Er kommt zu einem Treffen, kann aber nichts aushandeln. Wofür brauchen wir einen solchen Mann? Warum soll man Zeit vergeuden und mit ihm verhandeln?«

Chruschtschows falsche Einschätzung Kennedys veranlasste ihn dazu, in Berlin ähnlich selbstzerstörerisch vorzugehen wie Stalin bei der Berlinblockade 1948. Im Spätsommer 1961 befanden sich beide Staatsführer in Bezug auf Deutschland im Krisenmodus. Keine Seite strebte einen militärischen Konflikt an, wollte sich aber auch nicht mit der bestehenden Situation zufriedengeben. Chruschtschow hatte das Problem der Abwanderung aus Ostdeutschland zu lösen und Kennedy musste zeigen, dass er entschieden auf der Seite der westdeutschen Regierung und der NATO-

Verbündeten stand. Chruschtschow handelte als erster. Er griff einen Vorschlag auf, den Ulbricht schon vor einiger Zeit gemacht hatte: Er wollte eine Mauer errichten, die Ostberlin physisch vom Westen der Stadt trennte. Bevor er grünes Licht für dieses Projekt gab, besuchte der Sowjetführer inkognito die deutsche Hauptstadt und ließ sich durch Westberlin chauffieren. »Ich bin kein einziges Mal aus dem Auto ausgestiegen«, erinnerte er sich später, »aber ich habe eine große Rundfahrt gemacht und mich in der Stadt umgeschaut.« Am 13. August 1961 wurde entlang der Grenzlinie zwischen den beiden Teilen Berlins Stacheldraht ausgerollt. Die Tunnels der U-Bahn wurden rasch abriegelt. Die Ostberliner Polizei nahm Menschen unter Beschuss, die die Grenze zu überqueren versuchten. Die Stadt Berlin war abermals zu einem Opfer des Kalten Krieges geworden. Aber diesmal schien die Teilung dauerhaft zu sein.

Doch der Bau der Berliner Mauer zeigte die Schwäche, nicht die Stärke des Ostblocks. Die Einwohner Berlins setzten sich so gut wie möglich zur Wehr. »Da gab es diese Straße, auf der wir so oft unterwegs waren«, erinnerte sich ein Berliner, »und die durch die Mauer in der Mitte geteilt wurde. Die Straße lag im Westen, aber die Häuser standen im Osten. Die Soldaten mauerten die Haustüren zu, aber die Leute sprangen von oben aus den Fenstern. Einige von uns haben auf der Westseite versucht, den Mörtel von der Mauer abzuklopfen, bevor er trocken werden konnte. Wir waren ein kleiner entschlossener Haufen; am liebsten hätten wir uns mit vereinten Kräften gegen die Mauer geworfen.« Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, bezeichnete diese Maßnahmen zur Abriegelung des Sowjetsektors als ein »empörendes Unrecht«. In seiner Rundfunkansprache an alle Berliner warnte er den Osten vor den Konsequenzen:

»[...] Es wird keinen Bestand haben. Wir werden in Zukunft noch sehr viel mehr Menschen als früher nach Berlin bringen, aus allen Teilen der Welt, damit sie die kalte, die nackte, die brutale Wirklichkeit eines Systems sehen können, das den Menschen das Paradies auf Erden versprochen hat.«

Chruschtschow dagegen glaubte, einen Weg gefunden zu haben, um sein Problem in Berlin ohne eine direkte Konfrontation mit den Vereinigten Staaten lösen zu können. Er erklärte seinen osteuropäischen Verbündeten: